

Rotlicht-Razzia: Alles

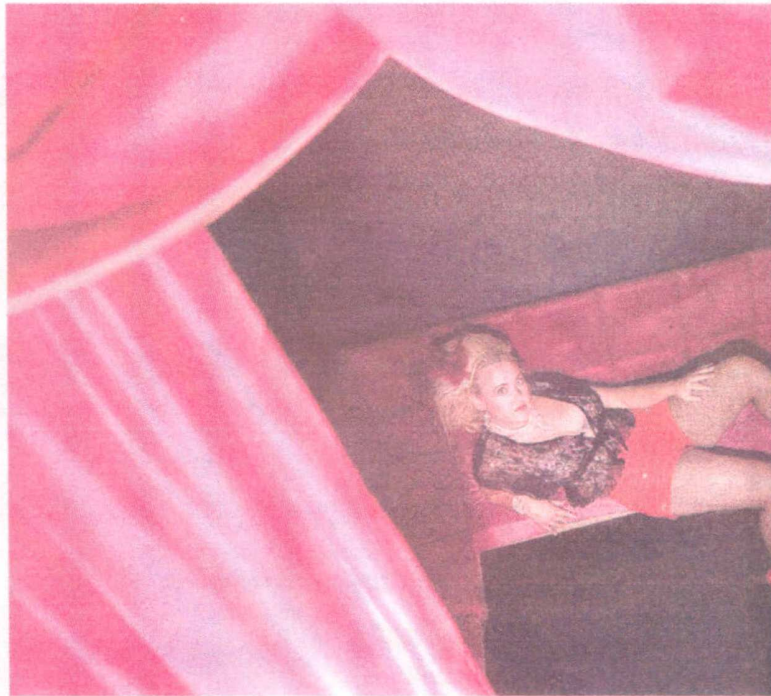
Eine groß angelegte Aktion der Polizei mit dem Bezirkschef ist für

Eine beachtliche Bilanz konnten die Beamten bei ihrer Razzia verzeichnen: 61 Anzeigen nach dem Prostitutionsgesetz in nur einer Nacht. Doch die Opposition hält das nur für ein Zeichen für den begonnenen Wahlkampf.

Bei der gemeinsamen Behördenaktion von Magistrat und Polizei in der Nacht vom 15. Oktober wurden 22 Rotlicht-Lokale im 15. Bezirk überprüft. Auch Bezirksvorsteher Gerhard Zatlöcher nahm an der Razzia teil, um den Anrainerbeschwerden nachzugehen und sich selbst ein konkretes Bild vor Ort zu machen. Dass das nur Show im Sinne des bereits gestarteten Wahlkampfes für die Gemeinderatswahlen 2010 sei, so wie Oppositionspolitiker behaupten, stößt ihm sauer auf: er brauche keine Show, er kenne die Situation ganz genau, wohne er doch selbst in einer Seitengasse der Felberstraße.

„Illegale“ im Keller entdeckt

Die 61 Anzeigen, die an diesem Abend nach dem Prostitutionsgesetz ausgestellt wurden, wurden unter anderem deshalb ausgehändigt, da sich etliche Betriebe in Schutzzonen befanden oder Prostituierte die gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsuntersuchungen nicht einhielten. Auch der Bezirksvorsteher sieht darin



Die Sexarbeiterinnen haben es schwer. Die FPÖ will die Prostitution in

das große Problem: Die Gesetze seien ausreichend, fast der ganze Bezirk sei eine Schutzzone, die Exekution der bestehenden Gesetze sei vielmehr die konkrete Schwierigkeit.

Besonderes Augenmerk der Kontrollen galt in jener Octobernacht den Vermietern der Lokalitäten und den Freiern, die in Schutzzonen „ertappt“ wurden. Ein Lokal wurde geschlossen, da kein Besitzer aufzufinden war. Im Zuge der Kontrollen entdeckte die Polizei auch illegale Ausländer, die sich in einem Keller versteckten. Es er-

folgten dabei vier „fremdenrechtliche“ Festnahmen. Die Polizei überprüfte dutzende Personen.

Runder Tisch kommt

Doch der Bezirksvorsteher weiß, dass solche Kontrollen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind: „Die Polizeiaktionen haben keine Nachhaltigkeit und beruhigen das Geschehen nur kurzfristig. Die Stadt erarbeitet derzeit ein neues Konzept, das spätestens mit der nächsten wärmeren Jahreszeit – sprich im Frühling – greifen muss“, fordert der Bezirks-

nur Show?

die Opposition bloßer Wahlkampfauftakt



Wohngebieten verbieten. Foto: Archiv

chef. Deshalb bittet er in einem ersten Schritt die Beschwerdeführer, Vertreter der MA 15, MA 57, der Polizei, der Wiener Linien und des Vereins „Sophie“ (der Sexarbeiterinnen unterstützt und berät, Anm. d. Red.) Anfang November zu einem runden Tisch. Die Anrainer sollen dabei ihre konkreten Probleme vortragen können, damit die Experten diese Inputs für die Ausarbeitung neuer Konzepte verwerten können. Im Gegenzug informieren die Experten, warum trotz bestehender Gesetzeslage, dennoch die bekannten Probleme

auftreten. Das Treffen sei damit ein wichtiger Informationsaustausch für alle Betroffenen.

Hotline für Anrainer

Für die Opposition ist das naturgemäß zu wenig. FP-Bezirksparteiobmann Dietbert Kowarik fordert: „Prostitution soll im Wohngebiet grundsätzlich verboten werden.“ Der Jurist geht noch weiter: Es sei absurd, dass nur die Sexarbeiterinnen bestraft werden, die in Schutzzonen ihrem Geschäft nachgehen würden, auch die Freier sollten automatisch mit einer Verwaltungsstrafe bedacht werden.

Die Grünen aus dem Bezirk verlangen Vermittler zwischen Anrainer und Sexarbeiterinnen. Außerdem solle eine Hotline eingerichtet werden, die rund um die Uhr für alle Betroffenen erreichbar sein müsse, so die grüne Klubobfrau Birgit Hebein. Bei akuten Problemen solle sich ein Experte dann umgehend an den Ort des Geschehens begeben. Außerdem ärgert sich Hebein, dass nicht öffentlich über das Thema debattiert werde. „Prostitution wird in dunkle Ecken verdrängt und ist mit „Sittenwidrigkeit“ behaftet – das ist unaufrichtig. Wir haben legale, illegale, minderjährige, organisierte, freiwillige Sexarbeiter und den ‚Hausfrauenstrich‘ bei uns im Bezirk. Sie wünscht sich, dass endlich konkrete Lösungen erarbeitet werden, um auch die Stadt Wien zum Handeln zu zwingen.

Monika Kickenweiz